

Jahresrückblick 2003

Politische, wirtschaftliche gesellschaftliche und soziale Situation

- **Positive außenpolitische Bilanz: Fortsetzung des euro – atlantischen Integrationsprozesses und Bemühen um gut nachbarschaftliche Beziehungen –**
- **Innenpolitische Bilanz weiterhin kritisch zu betrachten: Korruption, Defizite des Parteiensystems, Autoritarismus einerseits und Fortsetzung des leichten Wirtschaftsaufschwunges andererseits bei dennoch weiterhin zum Teil kritischer sozialer Lage –**

Weiterhin prägen starke Unterschiede das Land. Landesteile mit abweichenden historischen Erfahrungen und unterschiedlichen Nationalitäten werden von einer zentralistischen Verwaltung regiert, was regelmäßig zu Diskussionen über die Idee des Zentralstaates an sich führt, aber aus Furcht vor einem Auseinanderbrechen des Landes immer wieder schnell von Bukarest aus unterbunden werden. Die westliche, an Ungarn und Jugoslawien grenzende Region (Siebenbürgen und Banat) sowie der Großraum Bukarest sind wirtschaftlich weiter entwickelt, die östlichen, hinter den Karpaten gelegenen Regionen, von ausländischen Investoren bisher zumeist gemieden, sind die strukturell schwächsten und ärmsten des Landes.

40 Jahre kommunistische Diktatur in Rumänien sind nicht ohne Folgen für die Zivilgesellschaft geblieben: Durch soziale staatliche Entmündigung verkümmerte das Interesse des Einzelnen für die weitere Entwicklung der Gesellschaft und die Menschen zogen sich bewusst in ihre Privatheit zurück in der Hoffnung, so dem Zugriff des Staates und seiner permanenten Kontrolle weitgehend zu entkommen. Interesse an der Politik und am öffentlichen Leben zeigten dagegen nur diejenigen, die sich bewusst in den Dienst des kommunistischen Staates stellten, eine Zivilgesellschaft als kritischer Pol zu den politisch Verantwortlichen sollte sich ohnehin nicht bilden. Selbst 14 Jahre nach der Revolution ist das *rumänische Gesellschaftssystem immer noch im Umbruch*, persönliche und engagierte Partizipation an der künftigen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes spielen weiterhin kaum eine Rolle. Zum einen sicherlich deswegen, weil in Rumänien eine solche Tradition auch vor dem 2. Weltkrieg kaum entwickelt war, zum anderen aber auch, weil die Bevölkerung von den wirtschaftlichen und sich auf den eigenen, ohnehin niedrigen Lebensstandard auswirkenden Herausforderungen alltäglich zu sehr betroffen ist, als dass sie sich auch noch ehrenamtlich engagieren würden. Darüber hinaus scheint die rumänische Gesellschaft trotz der Globalisierung mit allen ihren Einflüssen zu weiten Teilen immer noch von obrigkeitsorientiertem Verhalten und latenter Schicksalsergebenheit geprägt zu sein. Dieses zeigt darin, dass die anerkanntesten Institutionen das Militär und die rumänisch – orthodoxe Kirche sind.

Sowohl die *Parteien-* als auch die *Wählerstruktur* sind weiterhin *noch nicht gefestigt*, ohnehin wird eine Einordnung der politischen Verhältnisse in das in Westeuropa übliche Links – Rechts – Schema der hiesigen Situation nicht gerecht.

I. INFORMATIONEN ZUM LAND

1. Landesprofil

Bevölkerung	21.698.181 ¹
Landesfläche	238.391 qkm, nach Polen das zweitgrößte Land Mittel- und Osteuropas
Nachbarn	Osten: Republik Moldau, Ukraine, Schwarzes Meer; Süden: Bulgarien; Süden und Süd-Westen: Jugoslawien; Westen: Ungarn; Norden: Ukraine
Offizielle Sprache	Rumänisch
Ethnische Struktur	Rumänen 91%; Ungarn 6,7% ² ; Deutsche 0,3% ³ ; Roma 1,1%; andere Ethnien 0,9%
Religiöse Struktur	Rum. – orth. 86,7 %, kath. 4,7%; reform. 3,2%; griech. – kath. 0,9%; evang. 0,1%; unitarisch 0,3%; andere Religionen 4,1%
Staatliche Organisation	Republik, parlamentarische Demokratie
Verwaltungsorganisation	41 Kreise (Bukarest einbezogen) mit 263 Städten, 2685 Gemeinden mit 13285 Dörfern
Staatspräsident	Ion Iliescu
Premierminister	Adrian Nastase, PSD (Partidul Social Democrat)
Währung	1 ROL = 100 Bani
BIP – Wachstum 2003	ca. 4,9 %
BIP/Kopf 2003	ca. 1597, 61 € (für die ersten 10 Monate 2003, Durchschnittskurs 2003 = 37.557 Lei / €)
Inflation 2003	ca. 14, 1 %
Arbeitslosigkeit 2003	ca. 9 %
Durchschnittseinkommen (12 / 2003)	Brutto ca, 215 €, Netto ca. 151 € ⁴

¹ Laut der im Frühjahr 2002 durchgeführten Volkszählung.

² Siehe unter FN 1, dieses bedeutet im einzelnen einen Rückgang um 0,4 % im Vergleich zum Ergebnis der letzten Volkszählung von 1992 (1.626.000 Personen), jetzt 1.436.000 Personen.

³ Siehe unter FN 1, dieses entspricht 60.088 Personen und damit einem Rückgang seit 1992 um nahezu die Hälfte, die Angaben sind innerhalb der dt. Minderheit, die zum Teil von ca. 80.000 Deutschen ausgeht, umstritten.

⁴ vgl. Internetseite d. Nationalen Instituts für Statistik, www.insse.ro.

2. Politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Situation; Parteienlandschaft 2003

Bis zur Einladung an Rumänien im November 2002, der NATO beizutreten, arbeitete die sozialdemokratische PSD - Regierung unter Premierminister Adrian Nastase unerwartet diszipliniert, Partei und Fraktionen in den beiden Parlamentskammern Senat und Abgeordnetenhaus ordneten sich widerstandslos dem Ziel der Regierung, das Land in das euro-atlantische Verteidigungsbündnis zu führen, unter. Dieses bedeutete, den Eindruck einer ehrlichen, nur dem Wohl des Landes dienenden Regierung und einer nach Westen hin orientierten, modernen Regierungspartei zu vermitteln sowie eine in allen Bereichen positive Regierungsbilanz vorzuweisen.

Da die PSD nicht die absolute Mehrheit bei den Parlamentswahlen im November 2000 erlangt hatte, wurde eine Minderheitsregierung gebildet, die sich aber auf eine zuverlässige Unterstützung durch den ungarischen Minderheitenverband UDMR stützen kann. Mit diesem wurde das zunächst für ein Jahr gültige Protokoll über eine Zusammenarbeit unterzeichnet, das seither regelmäßig verlängert wurde. Darüber hinaus sind seit der Parlamentswahl mehrere Abgeordnete der Oppositionsparteien, insbesondere der ebenfalls linksorientierten PD (Demokratische Partei) und der ultra-nationalen PRM (Partei Großrumäniens) in die PSD übergetreten, so dass die Regierung nur noch in bestimmten Fällen auf die Stimmen der UDMR angewiesen ist.

Die Bilanz der Regierung Adrian Nastases muss aber differenziert betrachtet werden:

So sind im Bereich der rumänischen *Außenpolitik* positive Ergebnisse zu nennen. Das politische Verhältnis zu *Ungarn*, welches durch die Einführung des ungarischen „Statusgesetzes“ die im Ausland lebenden Ungarn betreffend besonders im Jahr 2001 zeitweise sehr angespannt war, hat sich wieder entspannt. Im Oktober 2002 konnte sogar der ungarische Staatspräsident Ferenc Madl als erstes ungarisches Staatsoberhaupt nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks Rumänien besuchen. Im August diesen Jahres bezeichnete Premierminister Nastase bei einem Treffen mit Vertretern der Auslandsrumänen am Schwarzen Meer das ungarische „Statusgesetz“ sogar als Vorbild für eine entsprechende rumänische Regelung, die erarbeitet werden soll.⁵

Auch hat sich die rumänische Regierung geschickt bedeckt gehalten mit Kommentaren über die angespannten politischen Verhältnisse in der *Republik Moldova*, deren kommunistische Regierung Rumänien mehrfach Einmischung in seine Innenpolitik bis heute vorwirft. Beim Treffen der Staatspräsidenten Rumäniens und der Republik Moldova, Ilescu und Voronin, am 1. August 2003 am Prut anlässlich der Feierlichkeiten zur Einweihung des Staudammes von Stanca-Costesti vor 25 Jahren war insbesondere Ilescu sichtlich um Ausgleich bemüht.

Ein weiteres wichtiges Kapitel rumänischer Außenpolitik war die endgültige Herbeiführung der Entspannung des Verhältnisses zu *Russland*. So unterschrieben die beiden Staatspräsidenten Ilescu und Putin am 4. Juli in Moskau einen historischen „politischen Grundlagenvertrag“ zwischen Rumänien und der Russischen Föderation und beendeten damit eine lange politische Eiszeit. Die Beziehungen zwischen Russland und Rumänien

⁵ *Curentul*, 11.8.2003.

waren zumeist angespannt und litten an unterschiedlichen Auffassungen zum Erbe der Vergangenheit, den Beziehungen zur Republik Moldawien und der Integration Rumäniens in die euro-atlantischen Strukturen. So war Rumänien bis dato das einzige Land des ehemaligen Warschauer Paktes, welches noch keinen politischen Vertrag mit der ehemaligen Weltmacht unterschrieben hatte. Im Jahr 1991 scheiterte - ebenfalls unter Iliescu - ein erster Versuch am Zusammenbruch der UdSSR. Zu dieser Zeit konnte lediglich ein Freundschaftsvertrag geschlossen werden, der Rumänien auferlegte, militärisch-politische Allianzen nur mit der Zustimmung Moskaus einzugehen, was von der damaligen Opposition als „Verrat an den nationalen Interessen“ bezeichnet wurde. Der Inhalt des Vertrages galt als geheim und wurde von Spekulationen begleitet, bevor am 8. Juli von einer rumänischen Tageszeitung veröffentlicht wurde. Er regelt u. a. die Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik und bei der Bekämpfung des Terrorismus sowie den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten. Zwei strittige Fragen wurden allerdings ausgeklammert: Die mögliche Rückgabe des rumänischen Staatsschatzes durch die Russische Föderation und eine Verurteilung des Ribbentrop – Molotow - Paktes, durch den die damalige Sowjetunion rumänische Gebiete annektieren konnte, sowie die rumänische Unterstützung für Hitler – Deutschland. Insgesamt stieß der Vertrag in Rumänien auf gemischte Bewertungen und über die hohen Erwartungen verbunden mit den wirtschaftlichen Beziehungen wurde spekuliert. Die zum laut gewordenen Kritik am Vertrag verebbte jedoch schnell. Im Herbst wurde der Vertrag auch im Parlament ratifiziert, PRM war die einzige politische Formation, welche gegen diese stimmte.⁶

Staatspräsident Iliescu ließ im Hochsommer die außenpolitischen Wogen hochschlagen, als er anlässlich seines Besuches in *Israel* in einem Interview der israelischen Zeitung *Haaretz* gegenüber die Einzigartigkeit der Judenvernichtung bestritt. Auch stellte er fest, dass der rumänische Staat seiner wirtschaftlichen Lage wegen nicht in der Lage sei, die Holocaust – Opfer zu entschädigen⁷. Mit diesen Äußerungen heizte der Staatspräsident erneut eine virulente Diskussion über Rumäniens *Umgang mit dem Holocaust* an. Mit der eigenen Verantwortung für den Völkermord tat man sich in Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg schon immer schwer, so wurde die Erwähnung der rumänischen Judenverfolgung und der Ende der 30'ger Jahre erlassenen antisemitischen Gesetze von der damaligen kommunistischen Führung verboten. Die Wogen sind inzwischen wieder geglättet und der Kontakt zwischen Rumänien und Israel wieder normal; zwischenzeitlich hat Staatspräsident Iliescu im Oktober auch eine Kommission zur Klärung der Frage, ob auf rumänischem Territorium ein Holocaust stattfand, eingesetzt. Der Vorsitz dieser Kommission wurde Nobelpreisträger Elie Wiesel angetragen, welcher aber nur unter bestimmten materiellen und logistischen Bedingungen akzeptieren wollen soll⁸.

Die diversen *Verstimmungen zwischen Rumänien und der EU*, welche vor zwei Jahren durch die Unterzeichnung des Abkommens mit den USA über die Nichtauslieferung von US-Bürgern an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ohne vorherige Absprache mit der EU und durch die Unterstützung der USA in der Frage des Krieges gegen den Irak im Berichtszeitraum hervorgerufen wurden, sind von rumänischer Seite auch im Berichtszeitraum weiter geschickt beseitigt worden, ohne sich selbst oder die Partner USA und EU bloß zu stellen.

⁶ *Adevarul*, 22.09.2003.

⁷ *Nine o'clock*, 28.07.2003.

⁸ *Adevarul*, 23.10.2003.

Die *deutsch – rumänischen Beziehungen haben sich sehr gut weiterentwickelt*. Mehrere hochrangige Politiker kamen nach Rumänien zu Besuch: Bundesratspräsident Böhmer (17. 4.), Finanzminister Eichel (1. 8.) und Außenminister Fischer (1. 9.). Als Höhepunkt der bilateralen Beziehungen ist der Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 25. September zu werten. Dabei wurde noch einmal von diesem die deutsche Unterstützung für den EU – Beitritt Rumäniens unterstrichen. Deutschland lag auch in diesem Berichtszeitraum *unter den Wirtschaftspartnern Rumäniens* hinsichtlich des Handelsvolumens, der Zahl der im Land engagierten Firmen und der Investitionen wieder insgesamt an zweiter Stelle.

Die *innenpolitische Bilanz* dagegen muss kritisch gesehen werden. Wichtige innenpolitische Entscheidungen wie z.B. die dringende Reform des völlig maroden Gesundheitssystems wurden bis auf die Zeit nach der Prager NATO-Entscheidung verschoben, um keine Unruhe zu erzeugen. Aber auch jetzt werden sie nur halbherzig angegangen und so gilt weiterhin, dass die begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen sowie die viel zu spät und zu zögerlich eingeleiteten Reformen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich besonders gravierende Probleme im Transformationsprozess bereiten. Auch wenn die Wirtschaft seit dem Jahr 2000 kontinuierlich wächst und zumindest im makroökonomischen Bereich positive Entwicklungen zu verzeichnen sind, bleiben die größten Hindernisse für einen nennenswerten Wirtschaftsaufschwung die Probleme der Korruption, der Rechtsunsicherheit, der ausufernden Bürokratie, der Schattenwirtschaft und des schleppenden Privatisierungsprozesses⁹. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass die ausländischen Direktinvestitionen, welche sich seit 1999 bei ca. einer Milliarde US-Dollar jährlich eingependelt haben, gemessen am wirtschaftlichen Potenzial des Landes und an seinem großen Markt enttäuschend niedrig ausfallen.¹⁰ Im ersten Halbjahr des Berichtszeitraumes fielen sie sogar um 156 Millionen € niedriger aus als in derselben Zeitspanne des Vorjahres.¹¹

Diese *Defizite und Schwächen* werden regelmäßig von der EU und anderen supranationalen und internationalen Institutionen sowie von der ausländischen Wirtschaft kritisiert. Sie konnten auch den Optimismus der Nastase-Regierung, die erwartete, dass Rumänien im Herbst in dem neuen Länderfortschrittsbericht der Europäischen Kommission als letztes EU-Beitrittsland überhaupt den *Status einer „funktionierenden Marktwirtschaft“* erhält, nicht nachvollziehen. Letztlich wurde dieser auch nicht als gegeben angesehen, wobei die entsprechende Formulierung im Bericht für Verwirrung sorgte und Premierminister Nastase behauptete, man habe den ersehnten Status zuerkannt bekommen. So hieß es: *„Rumänien kann als eine funktionierende Marktwirtschaft betrachtet werden nur unter der Bedingung, dass die Fortschritte weiter in einer entschlossenen Art geführt werden“*.¹² Erst eine Woche nach Veröffentlichung des Berichts gab die Regierung zu, dass mit dieser Formulierung nicht der Status einer „funktionierenden Marktwirt-

⁹ siehe im einzelnen *Landesbericht der EU – Kommission 2003*.

¹⁰ Vgl. im einzelnen *Carola Kaps*, „Die Aussichten auf die EU treibt den Reformprozess, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 11.8.2003.

⁷ *Allgemeine Deutsche Zeitung* (ADZ, deutschsprachige Tageszeitung in Rumänien), 13.8.2003.

¹² vgl. *Landesbericht der EU – Kommission 2003*.

schaft“ zugesprochen wurde; solange wurden diejenigen, die den Satz richtig interpretierten, scharf kritisiert.¹³

Zwar verlief die *wirtschaftliche Entwicklung* diese auch im aktuellen Berichtszeitraum überwiegend positiv. Allerdings bestehen einige grundlegende Probleme weiterhin: Die *Strukturenreformen in der Wirtschaft* und die *Privatisierung* kamen weiter nur sehr zögerlich voran. Die allgegenwärtige und bereits mehrfach erwähnte *Korruption auf allen Ebenen*, die weiterhin *dominierende Rolle des Staates in der Wirtschaft*, die *ausufernde Bürokratie*, ein *schwaches und politisch abhängiges Justizsystem*, die *Politisierung der öffentlichen Verwaltung* und *mangelnde Rechtssicherheit* schrecken ausländische Investoren ab, was den US-Botschafter Michael Guest bei der internationalen Geberkonferenz Mitte April „Investitionen gegen die Korruption“ in Bukarest zu einer harschen Kritik veranlasste, die von weiteren internationalen Repräsentanten geteilt wurde.¹⁴ Weiterhin hohe zwischenbetriebliche Zahlungsrückstände, vor allen Dingen im Energiesektor, hohe Gehälter und zu viele Mitarbeiter in den Staatsbetrieben gefährden die Erfolge bei der Reduzierung des Budgetdefizits und der Inflationsbekämpfung. Die Schattenwirtschaft wird auf weit höher als 40 % des BIP geschätzt.

Die wichtigen makroökonomischen Rahmendaten entwickelten sich gut. So wuchs das *Bruttoinlandsprodukt (BIP)* in den ersten neuen Monaten um rund 4,7 %¹⁵, das *Haushaltsdefizit* betrug bis einschließlich Oktober 0,7 BIP-%¹⁶ und die *Inflationsrate* (Dezember 2002 – Dezember 2003) 14,1 %¹⁷. Die *Arbeitslosenquote* betrug im Jahresdurchschnitt 9 %¹⁸. Das *Handelsbilanzdefizit* betrug in den ersten neun Monaten 4,89 Milliarden € und stieg damit um 14,7 % im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahres. Die *Exporte* umfassten in den ersten elf Monaten einen Wert von 14,36 Milliarden €, stiegen also um 6,7% im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahres. Die *wichtigsten Handelspartner* waren Italien (24,2%) und Deutschland (15,6%). Die *Importe* in den ersten zehn Monaten umfassten einen Wert von 19,26 Milliarden €, stiegen damit um 11,8%.¹⁹ Die *ausländischen Investitionen* erreichten in den ersten 10 Monaten 2003 ein Volumen von 1,02 Milliarden €. ²⁰

Im Bereich der *sozialen Entwicklung* sind leider weiterhin viele Mängel vorhanden. So sank in den letzten zehn Jahren die Bevölkerung um 1,1 Millionen auf das Niveau von

¹³ Rumänien möchte die EU-Beitrittsverhandlungen bis Ende 2004 abschließen, um das Beitrittsabkommen im Jahr 2005 zu unterschreiben und zum 1. Januar 2007 der EU beizutreten. Von den 31 Verhandlungskapiteln sind 30 geöffnet, 22 vorläufig geschlossen und 8 unter Verhandlung – Stand 12.12.2003, vgl. entsprechende Übersicht der Europäischen Kommission: www.europa.eu.int/comm/enlargement/negotiations; der EU-Gipfel in Thessaloniki Ende Juni 2003 ist aus rumänischer Sicht als Erfolg zu werten, nachdem der Europäische Rat erstmals das Jahr 2007 als mögliches Beitrittsdatum formulierte, auch wenn in Anwesenheit von Staatspräsident Iliescu und Premierminister Nastase noch einmal betont wurde, insb. die Justiz- und Verwaltungsreform sowie die Korruptionsbekämpfung ernsthaft voranzutreiben.

¹⁴ Siehe im einzelnen dazu Sabine Habersack, „Sonderfall Rumänien – Korruption, Defizite im Parteiensystem, Autoritarismus“, KAS/Auslandsinformationen 9/03.

¹⁵ www.insse.ro.

¹⁶ ADZ, 11.12.2003.

¹⁷ ADZ, 13.1.2004.

¹⁸ ADZ, 23.12.2003.

¹⁹ ADZ, 14.01.2004.

²⁰ ADZ, 14.01.2004.

1977.²¹ Auf einen Arzt kommen im Durchschnitt 480 Einwohner, womit Rumänien im EU-Vergleich den letzten Platz belegt.²² Ohnehin durchschreitet das rumänische Gesundheitssystem eine seiner schwersten Krisen (insbesondere u. a. zu niedrige Gehälter und damit Korruption auf allen Ebenen, mangelnde Arzneimittel – die der Patient also am besten selbst mitbringt – bis hin zu fehlenden Blutkonserven und mangelnder Sanitätsausstattung), so dass sogar Premierminister Năstase sich einer relativ einfachen Schilddrüsenoperation in Deutschland unterzog.²³

Der *Wohlstand* ist weiterhin sehr ungleich verteilt. Gemäss der letzten Studie der rumänischen Tochter der Marktforschungsgesellschaft GfK geben die reichsten 10% der Bevölkerung genauso viel für Konsumgüter aus wie die ärmsten 50%.²⁴ Das Vermögen der 300 reichsten Rumänen macht insgesamt etwa 12 Milliarden US – Dollar und damit etwa 26% des Bruttoinlandsprodukts des Landes aus, so die Finanzzeitschrift „Capital“, welche am 11. November 2003 eine Sonderausgabe mit der Liste der 300 reichsten Rumänen veröffentlichte. Auch wenn laut letztem Weltbankbericht vom November 2003 die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen gesunken ist, so ist doch ihr Anteil mit 29% der Bevölkerung immer noch hoch.²⁵ Immerhin glauben 37% der Rumänen, dass ihr Wohlstand nächstes Jahr steigen wird, am meisten haben die Rumänen Angst vor Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit.²⁶

Die *politische Übermacht der Regierungspartei PSD* ist erdrückend und stimmt bedenklich. Sie spielt im ganzen Lande eine nicht mehr zu übergehende Rolle, ihre Vormachtstellung in allen wichtigen Gesellschaftsbereichen ist erdrückend und geht inzwischen weit über ihren Wähleranteil hinaus. So hat sich ein Machtdreieck aus dem – formal parteilosen – Staatspräsidenten Iliescu, dem Premierminister Năstase und der Regierungspartei PSD gebildet, welches nahezu das gesamte gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben bestimmt. Offen wird gesagt, die PSD habe sich zu einer Staatspartei entwickelt. Insgesamt kontrolliert sie fast vollständig den Staatsapparat und die Verwaltung sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene, und ihre Macht wächst kontinuierlich. So hat sie bei den letzten Kommunalwahlen im Sommer 2000 lediglich 35,5 Prozent der neu zu wählenden Bürgermeisterposten gewonnen, konnte diesen Anteil jedoch bis Ende 2001 auf fast 50 Prozent, bis heute sogar auf ca. 80 Prozent erhöhen. Sicherlich haben einzelne Bürgermeister ihre ursprüngliche Partei aufgrund interner Streitigkeiten freiwillig verlassen, doch bei einer Vielzahl ist Druck seitens der PSD bekannt oder der schlichte Wille, im lokalen Gefüge an der Macht zu bleiben und folglich mit den Stärkeren zu paktieren. Bei den am 11. Mai aus verschiedenen Gründen stattgefundenen Kommunalwahlen in insgesamt 24 Gemeinden hat die Regierungspartei ihre Vormachtstellung weiter ausbauen können.

Demnach liegt nahezu landesweit die Macht in der Hand einer Partei und es existiert keine Machtbalance zwischen Regierung und Opposition. Noch nicht einmal die umstrittene Regierungsumbildung von Mitte Juli und die damit verbundenen Neu- und

²¹ *Nine o'clock*, 20.-22.6.2003.

²² *ADZ*, 9.8.2003.

²³ *Evenimentul Zilei*, 25.07.2003.

²⁴ *ADZ*, 28.5.2003; die Studie wurde am 26.5.2003 veröffentlicht.

²⁵ *ADZ* 06.11.2003.

²⁶ *ADZ*, FN 20.

Umbesetzungen innerhalb der PSD-Parteispitze haben Nastase geschadet. Ebenso nicht die parteiintern umstrittene Absorption zweier kleiner sozialistischer Parteien, nämlich der Sozialistischen Partei der Arbeit (PSM) und der Sozialistischen Partei der Nationalen Wiedergeburt (PSRN). PSM hat sich immer zu ihren kommunistischen Ursprüngen bekannt, PSRN ist eine Absplitterung der PRM. Die Erweiterung der PSD um diese neokommunistischen Parteien ist nur im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen in den Jahren 2004 zu erklären, angesichts derer sich die Regierungspartei ihrer sozialistischen Wurzeln erinnert. Insofern passt es auch zur Parteistrategie, dass vor wenigen Monaten das Jubiläum „110 Jahre rumänische Sozialdemokratie“ gefeiert wurde. Dabei erinnerte die PSD daran, dass 1893 die Sozialdemokratische Partei der Arbeiter in Rumänien (PSDMR) gegründet wurde. Auch konnten dem Premierminister und der PSD-Regierung nicht die diversen Korruptionsvorwürfe gegen die später zurückgetretene (Oktober) EU-Integrationsministerin Puwak sowie die Plagiatsvorwürfe gegen den ebenso später (Oktober) zurückgetretenen Gesundheitsminister Beuran schaden.

Die Opposition fällt als demokratisches Gegengewicht fast vollständig aus. Sie ist nicht nur zu schwach, sondern selbst mit internen Problemen zu sehr beschäftigt, als dass sie mit vernünftigen Alternativen die Nastase-Regierung unter Druck setzen könnte. Wie der rumänische Politikwissenschaftler und Journalist Stelian Tanase im Frühjahr 2003 in einer Diskussion feststellte, bleibt sie auch mehr als zwei Jahre nach der letzten Parlamentswahl allen wichtigen Debatten aufgrund des Fehlens von Alternativvorschlägen, die durchsetzbar wären, fern.

Einzig *PRM* weist eine fast ähnlich disziplinierte Organisations- und Führungsstruktur auf wie die Regierungspartei. Nach einigen Übertritten von Parlamentsabgeordneten zur PSD haben sich die Fraktionen im Senat und in der Abgeordnetenkammer, welche immerhin nahezu ein Viertel der Mitglieder beider Kammern stellen, stabilisiert.

Die wie PSD linksorientierte *PD* verliert nicht nur Parlamentsabgeordnete und Senatoren, regionale bzw. lokale Repräsentanten an die PSD. Viele Beobachter der politischen Szene gehen ohnehin davon aus, dass die Partei, sollte sie sich nicht rechtzeitig stabilisieren, spätestens nach den nächsten Parlamentswahlen zerfallen wird. Der eher linksorientierte Flügel könnte zur PSD abwandern, während der eher rechtsorientierte Flügel sich der PNL anschließen könnte.

PNL (Nationalliberale Partei) ihrerseits etabliert sich verstärkt als *die* Alternative auf dem rechten Flügel des Parteienspektrums. In den vergangenen Jahren hat PNL bis auf eine vernachlässigbare Kleinstpartei alle Gruppen und Orientierungen mit liberalen Auffassungen in sich vereinigt und Mitte April auch noch die rechtsorientierte Union der Rechtskräfte (UFD) aufgenommen. Sicherlich bleibt abzuwarten, inwieweit der PNL-Vorsitzende Stolojan, welcher unter Staatspräsident Iliescu ab Ende 1991 für ein Jahr lang Premierminister gewesen war und dem deswegen auch eine Nähe zum Staatspräsidenten nachgesagt wird, seine Opposition gegenüber der Regierungspartei aufrecht hält. Stolojans Oppositionswillen wird immer wieder angezweifelt.

PNL und PD haben im Herbst eine *Wahlallianz* gegründet – Allianz für Gerechtigkeit und Wahrheit / Alianta pentru Dreptate si Adevar, kurz D.A., um PSD besser herausfor-

dern zu können. Umfragen haben seitdem ergeben, dass diese Allianz stetig an Zustimmung gewinnt und tatsächlich ein ernstzunehmender Herausforderer der PSD wird.

Die Ungarnpartei *UDMR* (EVP-assoziiertes Mitglied) steht vor harten Zeiten. Innerparteiliche Absplittersbewegungen von radikalen Gruppierungen, Autonomiebestrebungen im sog. Szekelerland und die immer wieder parteiintern kritisierte Zusammenarbeit mit der PSD setzen den Parteivorsitzenden Marko Bela ständig unter Druck und Zugzwang. Einige Politikbeobachter gehen sogar davon aus, dass der Minderheitenverband der Ungarn bei den Parlamentswahlen die 5%-Hürde verfehlen wird.

Das *christdemokratische / bürgerliche Spektrum* ist zu zersplittert und die einzelnen Parteivorsitzenden zu sehr mit ihren persönlichen Abneigungen beschäftigt, als dass hier eine notwendige Bündelung der Kräfte gelingen könnte:

Die christdemokratische *PNTCD*, stärkste Partei im Regierungsbündnis 1996 – 2000 und EVP – assoziiertes Mitglied, ist nicht mehr im Parlament vertreten und zu einer 1 % - 3 % schwachen Splitterpartei zusammengeschrumpft.

Mitte Juli 2003 wurde um den ehemaligen Staatspräsidenten Emil Constantinescu (1996 – 2000) eine neue Partei gegründet, die *Actiunea Populara*, kurz *AP*. Sie fühlt sich den westlichen, bürgerlichen Werten der EVP nahe und wird auch die Aufnahme in diese anstreben. Obgleich sie nicht als Konkurrentin zur *PNTCD* gegründet sein soll, ist sie eine solche. Sowohl die Vorstands- als auch die Mitgliederstruktur setzt sich zum einen aus ehemaligen Anhängern und Mitarbeitern Constantinescus, zum anderen aus ehemaligen *PNTCD* - Anhängern zusammen. Laut Aussage des Parteivorsitzenden sollen aber auch viele jungen Leute, die bis dato nicht in der Politik aktiv waren, der Partei beigetreten sein. Auf der Ebene des Vorstandes spiegelt sich dieses aber nicht wieder.

Hinzu kommt, dass sich seit Frühjahr 2003 der Zerfallprozess der *PNTCD* dramatisch verstärkt hat, insbesondere junge, fähige Nachwuchspolitiker sind von dem autokratischen Führungsstil des Parteivorsitzenden Victor Ciorbea abgestoßen oder von ihm ausgeschlossen worden. So traten die jeweils erst im Sommer gewählten Frauenvorsitzende Adela Cristea und der Jugendvorsitzende Cosmin Galu im Oktober 2003 aus und in die *URR* ein. Ciorbea widersetzt sich zudem aus unverständlichen Gründen einer Annäherung an *AP*, die vielerorts auf lokaler Ebene angestrebt werden möchte seitens der lokalen *PNTCD* – Verantwortlichen.

Ende letzten Jahres ist eine weitere Gruppierung innerhalb dieses politischen Spektrums gegründet worden: *URR* (Union zur Rekonstruktion von Rumänien), an dessen Spitze Cosmin Alexandru steht. Diese Partei setzt sich hauptsächlich aus jungen Geschäftsleuten, Akademikern, Ärzten zusammen und hat in gewisser Weise *FIDESZ* als Vorbild. Ihre politische Argumentation ist klar zukunftsorientiert. Einige *URR* – Verantwortliche waren zum Teil ehemalige Constantinescu – Mitarbeiter aus zweiter und niedrigerer Reihe. Sie haben damit den organisatorischen Apparat eines Staatspräsidenten und dessen Unbeweglichkeit sowie die weiterhin existierende Verquickung von Politik und Geheimdiensten kennen gelernt. Die Partei zeichnet sich u. a. durch ihr sichtbares junges Durchschnittsalter (ca. 35 Jahre), ihren nach vorne gewandten Blick und das Fehlen

wirklicher Aversion gegenüber den anderen Parteivorsitzenden aus. Ein Scheitern ihres Projektes nehmen die Verantwortlichen in Kauf, ein Zusammengehen der verschiedenen Gruppen des Mitte – Rechts – Spektrums losgelöst von persönlicher Motivation, Aversionen etc. sieht URR als notwendig an.

PCD mit Silviu Popa, ehemaliger Stipendiat der Robert-Schuman-Stiftung, an der Spitze ist als weitere kleine Partei zu nennen. Sie spielt selbst kaum eine Rolle, allerdings könnte ein Zusammengehen mit einer größeren Partei wie AP oder PNTCD einen Vereinigungsschub dieses politischen Spektrums auslösen. Popa war ein treuer Gefolgsmann Ciorbeas und gründete mit diesem ANCD. Als Ciorbea mit dem Großteil der Partei zur PNTCD zurückkehrte, gründete Popa *PCD*.

In Form eines Querschnittes diverser aktueller Umfragen von Oktober 2003 – bis Januar 2004 sind folgende Ergebnisse mit Bezug auf die Parlamentswahlen zu nennen: PSD 40 – 45 %, D.A. PNL-PD 27 – 30 % (Tendenz steigend), PRM (Ultranationalistische Partei Großrumäniens) ca. 15 %, UDMR (Verband der ungar. Minderheit) ca. 5 %, PUR (Humanistische Partei, strebt ebenfalls EVP – Aufnahme an) ca. 3 %, PNTCD ca. 1 %, AP ca. 1 %.

Schließlich bleibt noch zu erwähnen, dass Rumänien eine *neue Verfassung* hat. Ende 1991 wurde in einem Verfassungsreferendum die erste Verfassung Rumäniens in der postkommunistischen Zeit angenommen; dieser Entwurf war zuvor von den damaligen Parlamentariern erarbeitet worden, die fast ausschließlich der FSN (Front der nationalen Rettung) von Iliescu angehörten, da sie bei den Parlamentswahlen Ende 1990 jeweils fast 77 % der Sitze im Senat und fast 66 % der Sitze in der Abgeordnetenkammer gewonnen hatten und die bürgerliche Opposition eine marginale Rolle spielte. Schon 12 Jahre zuvor war Iliescu Staatspräsident des Landes, welcher wie kein zweiter Politiker ab Ende 1989 Rumänien seinen Stempel aufdrückte und nie in seiner Funktion als Staatspräsident unabhängig blieb²⁷. Nun haben am 18./19. Oktober 2003 die rumänischen Bürgerinnen und Bürger zum zweiten Mal nach der Revolution von 1989 über eine Verfassung abstimmen können. Diese war aufgrund der anstehenden euroatlantischen Integration des Landes notwendig und musste auch in vielerlei anderer Hinsicht überarbeitet werden. Nach offiziellem Endergebnis sollen 55.7 % der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben haben und dabei 89.7 % für die Verfassung sowie 8.81 % gegen diese gestimmt haben (1.49 % der Stimmen sind für ungültig erklärt worden).²⁸ Die neue Verfassung umfasst legislative Angleichungen an die EU – Normen, die Trennung der zeitgleich stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, bestimmte Neuregelungen im Bereich des Minderheitenschutzes und die Garantie des Privateigentums. Hinweggesehen werden sollte über die offensichtlichen Unstimmig- und Unregelmäßigkeiten während des zweitägigen Referendums im Interesse des Landes und dessen angestrebter euro-atlantischer Integration, so ein ranghohes Mitglied inoffiziell und in einem privaten Gespräch.

²⁷ Sabine Habersack, FN 10.

²⁸ www.revistapresei.ro, 22. 10. 2003.

Prognose für das Jahr 2004

Im Jahr 2004 stehen drei wichtige Prioritäten und Ereignisse im Vordergrund: Rumänien muss die EU-Beitrittsverhandlungen energisch und ohne Rücksicht auf die anstehenden Wahlen Ende des Jahres vorantreiben, um das erklärte Ziel der Regierung, nämlich den Beitritt zur EU zum 1. 1. 2007, realisieren zu können.

Beitreten wird Rumänien im Folgejahr bereits der NATO. Bereits früher als geplant können alle neuen NATO-Mitglieder wohl am 5. April, dem symbolischen Tag, an welchem die NATO ihre Gründung vor 55 Jahren feiern wird, als Vollmitglieder in das Verteidigungsbündnis aufgenommen werden.

Desweiteren werden die Kommunal-, Präsidenten- und Parlamentswahlen stattfinden und damit die Innenpolitik bestimmen. Die Kommunalwahlen werden am 6. Juni, die Parlamentswahlen und die erste Runde der Präsidentschaftswahlen am 28. November sowie die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen am 12. Dezember stattfinden.

Bukarest, im Februar 2004

Sabine Habersack
(Leiterin)